

## **ANTRAG**

**der Fraktion der AfD**

### **Aufklärung des Anschlages auf die Nord-Stream-Pipelines**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Der Anschlag auf die Nord-Stream-Gaspipelines ist ein Vorgang von historischer Bedeutung. Denn erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgte ein Anschlag derartigen Ausmaßes auf die Energieversorgung Deutschlands, und zwar, so die einhellige Meinung nationaler und internationaler Experten, durch einen Staat. Die Sprengung der Gasleitungen hat zudem durch den Austritt von Methan zu massiven Umweltschäden geführt.  
Wer für den Sabotageakt verantwortlich ist, gilt derzeit als ungeklärt. Die Bundesregierung verweigert Auskünfte zu den bisherigen Ermittlungsergebnissen und beruft sich dabei auf überragende schutzbedürftige Geheimhaltungsinteressen.  
Sofern Russland als Täter ausscheidet, kommt nur ein westlicher Staat ernsthaft in Betracht: Den Interessen der USA lief Nord Stream von Beginn an zuwider. Hinzu kommen diverse Indizien, u. a. die explizite Androhung des amerikanischen Präsidenten auf einer Pressekonferenz am 7. Februar 2022, Nord Stream ein Ende zu setzen. Inzwischen wird sogar nicht ausgeschlossen, dass der Anschlag mit Wissen der Bundesregierung durchgeführt wurde.
2. Für Mecklenburg-Vorpommern war Nord Stream mehr als eine Gasleitung. Damit sollte die Energieversorgung unseres Landes langfristig zu günstigen Bedingungen gesichert werden. Die Landesregierung hat sich nach Verhängung der US-Sanktionen engagiert für das Projekt eingesetzt und es gelang ihr mittels der vom Landtag einstimmig beschlossenen „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“, die Pipeline gegen alle Widerstände fertigzustellen.

3. Der Anschlag auf die Pipelines hat eine außergewöhnliche Dimension. Er kann und darf nicht unaufgeklärt bleiben.

Das Verschweigen von Ermittlungsergebnissen nährt den Boden von Spekulationen und Verschwörungstheorien. Die Aufklärung des Anschlages ist auch deshalb dringend geboten. Die Bevölkerung hat den Anspruch zu erfahren, wer für den Anschlag verantwortlich ist.

Die vollständige Aufklärung ist auch notwendig, um unsere kritische maritime Infrastruktur vor künftigen Sabotageakten zu schützen, denn für eine realistische Risikoeinschätzung und notwendige Präventionsmaßnahmen ist es wichtig zu wissen, wer den Anschlag verübt hat.

## II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf allen Ebenen, insbesondere bei der Bundesregierung, aber auch bei anderen Institutionen, nach Kräften um eine Aufklärung des Anschlages zu bemühen, bereits vorliegende Ermittlungsergebnisse in Erfahrung zu bringen und den Landtag darüber zu informieren.
2. den Landtag über den Umfang der durch den Anschlag verursachten Umweltschäden zu informieren.
3. den Landtag darüber zu informieren, inwieweit sich der Anschlag auf die Risikobewertung der maritimen Infrastruktur ausgewirkt hat.
4. auf die Bundesregierung – möglichst im Verbund mit anderen Ländern – einzuwirken, die Öffentlichkeit bundesweit über alle vorliegenden Ermittlungsergebnisse, auch ausländischer Stellen, zu informieren.

**Nikolaus Kramer und Fraktion**